



# Danziger Zeitung.

No. 7315.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwagengasse No. 4) und auswärts bei allen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Gr. Auswärts 1 R. 20 Gr. — Insterate, pro Petit-Zeitung 2 Gr., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retzner und Sohn; in Leipzig: Eugen Gott und Söhne; in Hamburg: H. Felsenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Höger'sche Buchhandlung; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

1872.

**Das Abonnement auf die Danziger Zeitung beträgt pr. Juni für Auswärtige 17 Gr., für Hiesige 15 Gr. Alle Postanstalten nehmen für den Monat Juni Abonnements entgegen.**

**Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.**  
Angeworben 2 Uhr Nachmittags.

Versailles, 31. Mai. Die National-Versammlung genehmigte die ersten 5 Artikel des Rekrutierungsgesetzes, wodurch die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, die Dienstzeitdauer festgesetzt, das Stellvertretungsrecht unterdrückt und jedem unter den Fahnen dienenden Soldaten die Teilnahme an Wahlarten untersagt wird. Der Artikel 5 wurde mit 639 gegen 34 Stimmen angenommen.

**Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.**

London, 30. Mai. Nach Newyorker Telegrammen der „Times“ und des „Daily Telegraph“ hätte Amerika einen von England als wünschenswert bezeichneten Modifikationen des Zusatzartikels zum Washingtoner Vertrag nicht beistimmen zu können erklärt und die amerikanische Fassung des Zusatzartikels als die allein convinenten bezeichnet.

Neueren telegraphischen Nachrichten aus Washington zufolge sind zwischen den amerikanischen und englischen Regierung inzwischen weitere Erklärungen über die Fassung des Zusatzartikels zum Washingtoner Vertrag ausgetauscht worden, welche eine beide Theile befriedigende Lösung erwarten lassen.

Paris, 30. Mai. Aus Madrid wird hierher telegraphiert, daß Marshall Serrano mit den Insurgenten in Amaroquia eine Convention abgeschlossen hat, welche die zu den Insurgenten übergetretenen Offiziere der Königlichen Armee in ihren Chargen und Grade beläßt. Die Convention erregt allgemeine Sensation. Der König und die Mehrzahl der Minister sollen dieselbe entzünden willigen, und es wird Serrano's Enthebung vom Oberkommando als höchst wahrscheinlich betrachtet. Auch der Bestand des Ministeriums würde diesen Falles gefährdet sein, da mehrere Mitglieder des letzteren nur unter der Bedingung, daß Serrano seiner Zeit die Ministerpräsidentschaft übernehme, zum Eintritt sich verstanden hatten, Serrano aber als Minister jetzt ganz unmöglich sein würde.

Bularest, 30. Mai. In Folge des neuen Armeegesetzes wird die Armee einen neuen Fahnenfeld leisten.

**Allerhand indirekte Erhöhungen des Militairpauschquantums.**

■ Berlin, 29. Mai.

Die Majorität des Reichstages, welche im vorigen Herbst für drei Jahre ein Militairpauschquantum von 90 Millionen bewilligte, glaubte damit auch finanziell ein gutes „Geschäft“ zu machen. Entschloß man sich auch, der Minorität entgegen pro 1872 die geforderten 90 Millionen ganz und voll zu bewilligen, so glaubte man damit doch zugleich pro 1873 und 1874 dem Seitens der Regierung bei Anfang der Militairdebatte für diese Jahre angemessene Mehrforderungen vorgebeugt zu haben. In dem Maße, wie in diesen späteren Jahren, so cal-

cülirte man, die Umstände in Wegfall kommen würden, welche zur Zeit es der Regierung noch gestatteten, mit geringeren Summen auszukommen, werde die Regierung durch anderweitige Ersparnisse sich in dem Rahmen des Pauschquantums zu halten suchen. Pro 1873 hat sich nun der finanzielle Effekt jener Umstände (theilweise Einführung des Elsaß-Lothringischen Contingents und stattgehabtes Establissemens von Bekleidung und Waffen) in der That bereits um etwa 850,000 R. verringert. Ist aber in Folge dessen die Regierung auf irgend welche anderweitigen Ersparnisse bedacht gewesen? Mit Sicherheit. Die Vacanzen zwischen der Entlassung der Reserven und der Einstellung der Rekruten ist, gleichwie in den Vorjahren, auf durchschnittlich nur fünf Wochen bemessen worden. Wie pro 1872 hat man auch pro 1873 selbst von jenen Ersparnissen abgesehen, welche von 1868 bis zum Ausbruch des Krieges regelmäßig angeordnet wurden, und welche, wie der Erfolg des Krieges beweist, der Wehrkraft des Landes keinen Schaden zugefügt haben. Wir meinen die andauern den Beurlaubungen einer Anzahl von Mannschaften bei den Speciellwaffen gegen den Etat und die Einrechnung der Einjährig-Freiwilligen auf den Etat. Die einzige Ersparnis des neuen Militairetats gegen 1872 liegt im Wegfall des Schaltages — diese Ersparnis haben wir aber nicht der Verwaltung, sondern dem Kalender zu danken und in der beabsichtigten Auflösung der Stämme der 12 Garde-Landwehrbataillone. Letztere Ersparnis wird aber dadurch wieder ausgeglichen, daß man 9 Garde-Infanterie-Regimentern entsprechende Friedensstämme einverleibt und das Personal einiger Landwehr-Bataillons-Commandos vermehrt. Auch die 185,000 R., welche durch verweigerte Nachlässe den Matrikularbeiträgen der Kleinstaaten dem Militairpauschquantum zunächst, werden größtentheils durch Erhöhung bei einzelnen Statistiken aufgebracht. Wenn dem aber so ist, so entsteht die Frage, wie die Regierung, ohne das Pauschquantum zu überschreiten obigen Aufall von 850,000 R. decken will. Nun einfach in der Weise, daß sie eine entsprechende Ausgabesumme vom Pauschquantum auf die neben denselben verlaufenen außerordentlichen Crédite überträgt. Das

aus der französischen Convention für die Invaliden aus dem letzten Kriege ist beispielweise ein solcher Nebencredit, mittelst dessen das Pauschquantum in der bequemsten Weise entlastet werden kann. Wenn sich gegenwärtig ein Offizier, der den Krieg mitgemacht hat — und das ist doch hinsichtlich der großen Mehrzahl der Offiziere der Fall gewesen — pensionieren läßt — läßt sich in den meisten Fällen nicht untersuchen, inwieweit seine Invalidität aus den Kriegstrapazen oder aus allgemeinen Ursachen herrührt. Man kann daher seine Pension ebenso auf den Kriegspensionsfonds wie auf den Friedenspensionsfonds anwiesen. Auf diese Weise finden wir denn auch beim Friedenspensionsfonds pro 1873 eine Ersparnis von 38,000 R. notirt. Außer durch vorstehende Summe wird der oben angeführte Aufall von 850,000 R. gedeckt durch eine Ersparnis bei dem Extraordinarium für Bauten zum Betrage von 48,000 R. Statt 1½ Millionen pro 1872 sind pro 1873 nur 1,020,000 R. für diese Zwecke ausgeworfen. Diese Ersparnis ist indessen mehr als wett gemacht dadurch, daß man in dem so eben vorgelegten Gesetz wegen Vertheilung der Kriegsbeschädigung einen Credit für Militairbauten, im Betrage von 3½ Millionen R. aufgenommen hat abgesehen von 40 Millionen für Festungs- und

Garnisonsbauten in Elsaß-Lothringen und 1¼ Millionen für einen neuen Artillerieschießplatz bei Berlin). Diese 3½ Millionen sollen verwandt werden mit 2,900,000 R. für Kadettenhäuser, 600,000 R. für Erweiterung des Kriegsministeriums und des Generalstabgebäudes in Berlin, 100,000 R. für die Kriegsschule und 144,000 R. für die Artillerie- und Ingenieurschule. Wie unmittelbar diese Forderungen darauf ausgehen, das Pauschquantum zu entlasten und wie sehr diese Crédite indirekte Erhöhungen des Militairpauschquantums darstellen, geht daraus hervor, daß abgesehen von den Kadettenhäusern genau für dieselben Zwecke — Erweiterung des Kriegsministeriums, des Generalstabgebäudes, der Ingenieurschule u. s. w. aus dem 1868—1872 beständigen Pauschquantums erhebliche Summen verwandt worden sind. Abgesehen von diesem neben dem Pauschquantum liegenden Baurecht wird in dem Gesetz wegen der Kriegsbeschädigung auch noch insofern eine Nachtragsforderung zum Pauschquantum pro 1872 erhoben, als zu Lasten des Kriegsloftensfonds für 1,776,786 R. extraordinaire Comptenzen der Befreiung von Elsaß-Lothringen geschrieben werden sollen. Solche aus besonderen Umständen erwachsene Mehrkosten wälzt das Pauschquantum von sich ab, während man andererseits für besondere Umstände entgegengesetzter Art — beispielsweise die pro 1872 und 1873 nur theilweise plazifizierte Einstellung von Rekruten aus Elsaß-Lothringen — vom Pauschquantum keinen Nachschlag gewähren wollte. Die in der vorigen Session stattgehabte Billigung eines dreijährigen Pauschquantums verpflichtet wohl den Reichstag unter allen Umständen 90 Millionen R. Militairausgaben jährlich in den Etat aufzunehmen; sie verpflichtet aber die Verwaltung nicht mit diesem Gelde auszukommen und sich Nachforderungen zu enthalten. Das ist jetzt

zu wirken; daß die Vollstreckung der Strafe durch Anbinden an den Baum oder anderer Art des Fessels oder durch öffentliche Zurichtung des Verurteilten nicht in die im § 27 erwähnten Abweichungen aufgenommen werde. II. Zu den §§ 24, 25: „die Regierung aufzufordern, 1) eine sachverständige und umfassende Untersuchung darüber anstellen zu lassen, welche Einwirkung auf die Gesundheit die Vollstreckung des mittleren und des strengen Arrestes ausübe, ob und inwieweit gewiss Wirkungen mit der besonderen Art der Ernährung und des Aufenthalts zusammenhängen; 2) das Ergebniß dieser Untersuchung zur Kenntnis des Reichstages zu bringen.“ Beide Resolutionen werden abgelehnt. So mit ist im Laufe der nächsten Woche das erneute Herautreten des Reichstages an diese wichtigste Vorlage der gegenwärtigen Session zu erwarten. Nach dem Ausfall der Commissionserörterungen und Abstimmungen kann die Annahme des immerhin erheblich modifizierten Entwurfes im Plenum nicht bezeichnet, ist schließlich nicht von Bedeutung. Angesicht dieses doch nun einmal umstrittenen Umstandes muß man dringend wünschen, daß die Annahme möglich ohne umfassende Discussion en bloc erfolgen möchte. Wenn jedoch, so können in diesem Falle Opportunitäts-Gründe für ein solches Vorgehen maßgebend sein. — Der vielfach verbreiteten Angabe, wonach der Schluss des Reichstages am 14. Juni erfolgen sollte, sind von competenten Seite vielfach Zweifel entgegengestellt worden. Gleichwohl heißt es, Se. Maj. der Kaiser wolle den Reichstag in Person schicken; da die Abreise des Kaisers auf den 15. festgesetzt ist, so möchte unter solchen Umständen die erste Angabe an Wahrscheinlichkeit gewinnen. — Von der Einbringung des Diktatentragess beabsichtigt, wie wir bereits mitgeteilt haben, die Fortschrittspartei in dieser Reichstagsession Abstand zu nehmen. Wie man nunmehr hört, gehen die Clerikalen damit um, in Gemeinschaft mit der Fortschrittspartei den Auftrag zu erneuern.

BAC. Berlin, 30. Mai. Vom Standpunkt der „Disciplin“ aus wird das Verfahren des katholischen Feldzugs sich am leichtesten erklären, wenn dies Studium auch keineswegs dahin führen wird, ihn wegen seines Vergehens gegen die militärische Disciplin nun milde zu bestrafen. Disciplin steht hier gegen Disciplin. Für Deutschland ist es aber von der größten Wichtigkeit, daß legt vor Aller Augen klar wird: es besteht ein Zustand der Feindseligkeit zwischen der Staatsgewalt und der römischen Curie. Angesichts eines solchen Zustandes wird die Regierung zu der Entscheidung gebrängt, ob sie noch länger ihre Autorität den Priestern einer Kirche leihen will, welche, sobald ihre geistlichen Oberen es ihnen gebieten, den Anordnungen der staatlichen Autorität zu widerstreiten. Das Verhalten des Hrn. Namzanowski hat an sich weiter nichts Auffälliges. Es ist einfach ein Militärbeamter mehr, der wegen Verlegung seiner Amtspflichten zu einer Disciplinarunterrichtung gezogen und einsteuern von seinem Amt suspendiert wird, es gibt da gar keinen anderen Weg, als einen solchen Beamten, der gegen die Anordnung der vorgesetzten verfügt, vom Amt zu entfernen. Damit kann aber die Strafe nicht ab gethan sein. Es handelt sich nicht um eine bloße Verlegung der Disciplin von Seiten eines Militärbeamten, der zufällig katholischer Priester ist; es handelt sich darum, ob ein Staat im State aufgerichtet werden

## Dutschland.

△ Berlin, 30. Mai. Der Bundesrat hat heute über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Einführung der Gewerbeordnung in Bayern Beschluss gefaßt. Die Anträge der Abständer sind zum Großteil angenommen, die abweichen zu förmlicher Forderung Bayerns aber, welche die Aufhebung der Theaterfreiheit betrifft, abgelehnt. Diese Angelegenheit wird also den Reichstag nicht beschäftigen. Mit dem heutigen Tage haben die äußerst umfassenden und anstrengenden Berathungen der Reichstags-Commission über das Militär-Strafgesetzbuch ihren Abschluß gefunden. Nach Ablehnung des Amendements Lasker: In dem § 24 der Commissionschlüsse „Wasser und Bro“ zu sagen „Knappernahrungsfähige Kost“ werden die §§ 23, 24, 25 (Arrest) mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen, dagegen stimmen Lasker, v. Hoverbeck, Lamay, Meyer (Thorn), Becker (Olsenburg), Wölffel, Windhorst (Berlin), Eysoldt, Reichenberger (Olpe). Bei der hierauf erfolgenden Abstimmung über das ganze Gesetz wird dasselbe mit 15 gegen 6 Stimmen in dem Umfange der Vorschläge, welche die Regierung der Commission zuletzt vorgelegt hat, angenommen; dagegen stimmen Lasker, v. Hoverbeck, Wölffel, Windhorst (Berlin), Eysoldt, Reichenberger (Olpe); der Abg. Lamay wird zum Referenten für das Plenum ernannt, er soll jedoch mündlich referieren. Nach dem Schlusß der Berathung resp. in der Abstimmung beauftragt Lasker noch zwei Resolutionen, nämlich I. zu § 27, den Reichstanzer aufzufordern, dahn

des Landes wie das Post- und Eisenbahn-System. Es gibt kaum einen Geschäftszweig, für den die Telegraphie nicht unentbehrlich ist und für welchen billige Telegraphie nicht ebenso wünschenswert ist wie billiges Porto und billiger Transport. Der gegenwärtige Tarif für eine telegraphische Depesche von Chicago nach Newyork ist 1 Dollar und die durchschnittliche Leistungsfähigkeit eines Telegrafen-Drahtes ist 600 Worte in der Stunde. Es heißt neuerdings, daß ein Telegraphen-System demnächst zwischen Washington und Newyork zur Ausführung gebracht werden soll, wonach Depeschen auf jede Entfernung zum Preise von 20 Cents für hundert Worte befördert werden sollen, und welches die Beförderung von 600 Depeschen von dieser Länge in der Stunde ermögliche. Es heißt, daß dieses System schon erprobt worden sei und seine Ausführbarkeit außer aller Frage stehe.

Die praktische Ausführung dieses neuen Systems der Telegraphie besteht darin, daß die Compagnie dem Publicum ein telegraphisches Alphabet liefert, das in wenigen Tagen so geläufig gemacht werden kann, wie das gewöhnliche Alphabet. Jeder Banquier oder Kaufmann oder sonstiger Correspondent, welcher Gelegenheit hat, Depeschen zu senden, wird für den mäßigen Preis von 10—20 Dollars eine kleine Maschine geliefert bekommen, mittelst welcher die beabsichtigte Depesche, statt geschrieben zu werden, gedruckt, oder genauer gesagt, in telegraphischen Zeichen auf einem Streifen Papier durchgeschlagen werden kann. Die Ausfertigung der Depesche in dieser Form kann von jeder Person von gewöhnlicher Intelligenz in wenigen Stunden erlernt werden. Die so ausgefertigte Depesche wird nach dem Telegraphen-Bureau gebracht und, ob sie 10 oder 1000 Worte enthält, nach dem andern Ende der Linie fast in demselben Moment befördert. Die Beförderung geschieht nach Maßgabe von 1500 Wörtern in der Minute. Die Depesche wird bei ihrer Ankunft auf eine andere Maschine gebracht, welche sie in gewöhnlichen Börsen-Ziffern nach Maßgabe von 3000 Wörtern in der Stunde druckt. Die Depesche wird dann dem Empfänger in gedruckter Form

ausgeliefert. Die Leichtigkeit, wonit die Depeschen befördert werden können, macht die Kostenberechnung nach Worten ganz überflüssig. Der Preis für eine Depesche, 100 Worte als eine Depesche genommen, wird für eine Entfernung von 1200 Meilen 20 Cents betragen. Im Falle die Person so wenig zu telegraphiren hat, daß sie keine Beförderung für eine Maschine zur Herstellung der Depesche hat so kann sie dasselbe auf das Bureau bringen. Die erforderliche Zeit für eine gewöhnliche Depesche ist: Schreiben oder durchschlagen, eine Minute, Beförderung 25 Secunden, im Ganzen eine Minute 27 Secunden. Der Vortheil hierbei ist, daß es keinen Aufenthalt gibt. Die Drahte sind nie fest, da jeder Draht 60,000 Worte die Stunde befördern kann, es kann keinen Aufenthalt bei Beförderung der Depesche geben. Wenn 600 Worte die Stunde jetzt ein vorzüglicher Durchschnitt für einen Telegraphisten ist, so sind 6000 Worte die volle Leistungsfähigkeit jedes Drahtes für den Tag von 10 Stunden; nach dem neuen System können dagegen, wie behauptet wird, 60,000 Worte in einer Stunde auf einem Draht befördert werden, was eine Leistungsfähigkeit in der Stunde gleich der von 100 Stunden nach dem gegenwärtigen System ist.

Die Revolution in den Preisen der Telegraphie, die von diesem neuen System erwartet wird, vorausgesetzt, daß dasselbe sich wirklich bewährt, müßte eine unmittelbare und totale sein. Wenn Depeschen von 100 Wörtern 6000 Meilen weit für 20 Cents befördert werden können, dann wird die Telegraphie in Jevermanns Bereich kommen und allgemein adoptirt werden. Die Anwendung dieses neuen Systems bei den Ocean-Kabeln wird, wie man erwartet, eine Vermehrung des Austausches von Depeschen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa ermöglichen und zwar zu Preisen, welche die Absendung von 1000 Wörtern rechtzeitig, wo fest ein Wort gesendet wird. Kurz, der Telegraph wird der allgemeine Vermittler für die Beförderung aller Arten von geschäftlichen Mitteilungen zwischen Individuen, Staaten und Continente werden.

**Versuche mit Rettungs-Apparaten.**  
■ Danzig, 31. Mai.

Gestern früh 9 Uhr begaben sich die Mitglieder des z. B. hier tagenden Ausschusses der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger per Dampfboot nach Neufahrwasser, um den am Strand der Westerplatte vorgenommenen Versuchen mit den dort stationirten Königlichen Rettungsapparaten, welche zu diesem Zweck von der Hafendienst-Inspection zur Verfügung gestellt waren und welche nach dem Muster der Apparate der Gesellschaft für die Station Neufahrwasser neu beschafft sind, beizuhören.

Das gestrandete Schiff wurde durch ein auf ca. 400 Schritt vom Strand entfernt verankertes Fahrzeug markirt. Es wurde zuerst der Retteten-Apparat herangeschafft, welcher sich auf zwei äußerst praktisch eingerichteten Wagen befindet. Eine dreijöllige Rettete trug die Wurstelein mit großer Leichtigkeit über das Fahrzeug und noch ein gutes Stück darüber hinaus; mittelst dieser Rettete wurde nun von den auf dem Fahrzeuge befindlichen Leuten zuerst der Block mit dem Tollenante eingeholt, am Mast des Fahrzeugs befestigt, und dann vom Lande aus vermittelst des Tollenantes eine dicke Trosse nach dem Fahrzeuge hingeholt, welche ebenfalls am Mast befestigt wurde. Auf dieser dicken Trosse, welche vom Lande aus angespannt wird, befindet sich, in einem Ringe hängend, der Rettungsstock, welcher vermittelst des Tollenantes nach dem Schiffe hingeholt, und, sobald ein Schiffbrüchiger in denselben hineingestiegen ist, wieder nach dem Lande zurückgeholt wird. Dadurch, daß die dicke Trosse auf dem Schiffe möglichst hoch am Mast befestigt und am Lande durch einen untergestellten Bod erhöht wird, berührt der zu rettende Schiffsmann nur in seltenen Fällen das Wasser, und gelangt frei in der Luft schwappend an das Land. Bei diesem Apparat hängt das Gelingen der Rettung hauptsächlich von der Güte des Tauwerks, namentlich der Wurstelein, ab, da dieselben bei möglichst geringer Stärke und geringem Gewicht eine außerordentliche Stärke besitzen müssen, damit sie beim Abfeuern der Rettete nicht reißen und derselbe möglichst we-

soll, dessen Diener, je nachdem es den Interessen ihres ausländischen Oberhauptes entspricht, die Autorität der weltlichen Regierung für ihre Amtshandlungen in Anspruch nehmen, oder aber den Anordnungen derselben Autorität zu wider handeln, nachdem sie für ihr bestelltes Verhalten die Billigung ihrer auswärtigen Oberen eingeholt haben. Abgesehen von den aus allgemeinen politischen Erwägungen zu treffenden Maßnahmen scheint auf dem in Rede stehenden Gebiet der einzige Ausweg aus dem Dilemma, in welchem wir uns befinden, der zu sein, daß der amtlich angeordnete Militärgottesdienst überhaupt aufgehoben und jedem Soldaten überlassen wird, ob und in welcher Weise er seinem religiösen Bedürfnis Befriedigung verschaffte.

Der Kaiser hat dem Könige Victor Emanuel und dem Kronprinzen Humbert den Orden pour le mérite verliehen.

Graf Trautmannsdorf hat dem Papste am 27. d. sein Abberufungsschreiben überreicht.

Der Reg.-Assessor Grondle aus Posen ist als Hilfsarbeiter in's Finanz-Ministerium berufen.

Die Berufung des Abgeordnetenhauses steht, wie die „Kreuztg.“ hört, in der zweiten Hälfte der nächsten Woche bevor.

Die Conferenz über das Volks-Schulwesen, welche der Cultusminister Dr. Falk einberufen will, ist bis zum 11. Juni c. in Aussicht genommen.

Zu dem Antrage Hoverbeck, nebst Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über Erhebung der Salzsteuer haben die Abg. Stumm und Wedell (Malchow) einen Abänderungsantrag eingebracht, der dahin geht, den Reichstanzler aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Salzsteuer vom 1. Januar 1874 ab vollständig aufgehoben und zur Deckung des Ausfalls eine Lohnsteuerung des Tabaks, so wie die Ueberweisung letzter Stempelgelüste an das Reich, welche sich nach der Natur des Objectes, nach der Gemeinsamkeit des betreffenden Rechtsgebietes und nach den Formen des heutigen Verlehrs hierzu eignen, vorgeschlagen wird.

Zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses ist im Wahlbezirk Hildesheim an Stelle des zurückgetretenen Buchhändlers A. Gerstenberg der wie sein Vorgänger zur national-liberalen Partei gehörende Obergerichts-Anwalt Karl Götting mit 162 Stimmen gewählt worden.

Die letzte Nummer des „Militärwochenblattes“ bringt einen heftigen polemischen Artikel gegen die Rede des Abgeordneten Lasker in der Generaldebatte über das Militärstrafgesetz. Die Mähsigkeit des Angriffes erregt das peinlichste Aufsehen unter den liberalen Reichstags-Abgeordneten.

Die „Ges. Corr.“ meldet, daß diejenigen, in der Wohnung des Hrn. v. Kozmian beschlagnahmten Papiere, welche über die Beziehungen zwischen Rom und den Katholiken Russlands handeln, von den preußischen Beamten der russischen Regierung ausgeliefert worden sind. Die „Germ.“ bestätigt dies.

Eine übermalige Conferenz der preußischen Bischöfe soll, wie in clericalen Kreisen verlautet, anlässlich der neuesten Verfügung an den Bischof von Ermeland bevorstehen.

Wie die „Schl. Btg.“ hört, ist an alle katholischen Militärgeistliche der Armee die Weisung ergangen, etwaigen Befehlen des suspendirten Feldpropstes keine Folge zu leisten. Der Conflict zwischen Staat und Kirche ist durch diese Vorgänge offenbar verschärft; die Regierung kann sich damit trösten, daß sie ihn nicht gefucht hat. Man wird daher schwerlich irren, wenn man annimmt, daß ihn die Regierung mit voller Energie unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel, die ihr zu Gebote stehen, zu Ende führen werde. Das ganze Institut der Feldgeistlichkeit ist durch die Suspension des Feldpropsts für den Augenblick völlig aufgehoben.

Die preußischen Mitglieder einer von der in Leipzig abgehaltenen 28. Philologen-Versammlung gewählten Commission haben eine Petition an den preußischen Cultusminister gerichtet, welche bezweckt, daß durch die Gesetzgebung des Staates oder durch andere geeignete Mittel eine Gleichstellung der Directoren, Rectoren und Lehrer der nichtöliglichen höheren Lehranstalten mit denjenigen der Königlichen in allen ihre äußere Stellung betreffenden Beziehungen, insbesondere in Bezug auf ihr Dienstekommen, ihre Pensions- und Ressortverhältnisse möglichst bald herbeigeführt werde.

Über die Vernehmung des Pastor Dr. Sydow berichtet die „Allg. Kirchliche Zeitschrift“: „Derselbe Mann, den das Vertrauen Friedrich Wilhelms IV. in die Generalhypothek von 1846 berief, der dort im Verein mit Ritsch das Referat über das Ordinariats-Gelübde durch das Vertrauen der Synode übertragen erhielt, mußte von einem Hegel die Beschuldigung hören, daß er sein Ordinariats-Gelübde gebrochen habe. Wir hören, daß der Angeklagte zum Ankläger wurde, daß er das Kirchenregiment einer dreißigjährigen Missregierung beschuldigte und mit Klarheit die protestantischen Prinzipien dem Confessor ins Gewissen rief. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um folgende vier Fragen: 1) Erkennen Sie eine Einwirkung des heiligen Geistes bloss auf die menschlich persönliche, insbesondere auf die stiftliche Entwicklung Jesu oder auch eine solche auf seine menschliche Entstehung an? 2) In welchem Sinne beleben Sie Christum als den Sohn des lebendigen Gottes? 3) In wie weit gestehen Sie die normative Autorität der heiligen Schrift des neuen Testaments zu? (Das alte Testament scheint man also preiszugeben.) 4) Wie verhalten Sie sich solchen von Ihnen bestrittenen Punkten des Glaubensbekenntnisses gegenüber in Predigt und Confirmationunterricht?“ Das Protokoll, das wohl bald veröffentlicht werden wird, sobald das Confessorium gesprochen haben wird, wird zeigen, daß Dr. Sydow mit voller Klarheit und Freimuth Rede und Antwort gestanden, daß selbst ein Hegel nicht umhin konnte, zum Schlus die Rückhaltlosigkeit Sydows anzuerkennen. General-Superintendent Ulrich berührte, wie wir vernehmen, nach heftigen Streitpunkten die traurige Rolle des Katacheten oder Inquisitors. Offenbar war er in seinen Fragen bestellt, solche Punkte herauszufinden, bei welchen eine Befriedigung möglich schien, oder die doch die Klüft zu verdecken geeignet waren. Herr Hegel plätschte aber immer dozwischen mit solchen Fragen, die nur den Zweck haben konnten, den Gegensatz in ganzer Stärke hervorzuheben zu lassen. Zum Schlus, nach dreiflüchtiger Verhandlung, fragte Hegel, ob Sydow sich nicht wollte pensionieren lassen, es würde dies die

Sache vereinfachen. Sydow erwiederte, daß er daran auch nicht im entferntesten diente, am wenigsten jetzt, wo es in der Kirche nach dreißigjähriger Finsterniß endlich scheine etwas Licht werden zu wollen.

Der Verein für die Rückenzucker-Innung hat seinen Ausfluß beauftragt, beim Reichstag zu petitionieren, daß ein Gesetz erlassen werde, welches den Bundesrat ermächtigt, in allen Fällen, wo eine Ausfuhr-Prämie vom Auslande nachweislich gezahlt wird, den Einfuhrzoll auf Zucker von dort her zu erhöhen.

M. Auf Anregung des Vereins für Hebung der Fluss- und Canalschiffahrt werden binnen kurzem etwa zwanzig der namhaftesten Wasserbau-techniker ganz Deutschlands zusammentreten, um zunächst wegen des Elbspreecanals noch einige Punkte zu berathen und ferner zu erörtern, wie bei wachsender Entwicklung der Canal- und Flusschiffahrt eine Gleichmäßigkeit der Einrichtungen, wenn nicht für sämtliche, für die großen Hauptverkehre adern zu ergieben sei.

Stadtrath Zelle, welcher bekanntlich bei der Oberbürgermeisterwahl in der Minorität blieb, ist als Kandidat für die Stadtsyndicusstelle vorgeschlagen und wird ohne Zweifel in der am Donnerstag stattfindenden Wahl die überwiegende Minorität der Stadtverordnetenversammlung erhalten.

Das Ober-Appellationsgericht in Dresden hat, wie telegraphisch gemeldet wird, das Erkenntniß des Leipziger Schwurgerichts im Hochverrath-Prozeß gegen Bebel und Liebknecht bestätigt.

Im Reichsland sollen Diederhofen (Thionville) und Neu-Breisach neu befestigt werden. Bei Diederhofen sollen, wie verlautet, die umgebenden Höhen durch vorgeschoene Forts mit in den Kreis der Festigungen gezogen werden, und würden nach dem Urteil von Sachverständigen diese Festung dann an Stärke Belfort wenig nachstehen. Die Werke von Breisach hingegen sollen fortan Alt- und Neu-Breisach zugleich umfassen und eine feste Rheinbrücke in sich einschließen. Bisch wird als Mittelpunkt der Festigung der Bogensepäße bezeichnet.

Dagegen würden die entbehrlich gewordenen Festungen Nassau und Saarlouis aufgegeben werden. Den Ausbau der Festigung von Mez hofft man bis spätestens Ausgang 1873 und den der kleineren festen Plätze vielleicht bis August 1874 zu Ende führen zu können. Die Arbeiten von Straßburg werden länger dauern.

Posen, 28. Mai. Um der polnisch-nationalen Agitation in unserer Provinz größeren Aufschwung zu geben, haben die Leiter derselben eine neue Ausgabe der bekannten national-religiösen Lieder, durch deren revolutionären und aufrüttenden Inhalt der Aufstand von 1863 vorbereitet wurde, veranstaltet, um sie massenhaft verbreiten zu lassen. Die ganze, 4000 Exemplare umfassende Auslage ist aber gestern, bald nach ihrem Erscheinen, auf Auordnung des Staatsanwalts polizeilich mit Beschlagnahme belegt und gegen den Herausgeber die Untersuchung wegen Pressevergehen eingeleitet worden.

Kiel. Bei den Befreiungen der Marinecommissionate des neuenreichs mit dem

v. Stosch wurde anlässlich des Instituts der Secabedden die traurige Kieler Affäre Heinhardt berührt. Herr v. Stosch wurde vom Abgeordneten Schmidt (Stettin) befragt, in wie weit er es billigen könnte, daß einem Gedanken gestattet wäre, mit geschlossenem Dolche zu gehen. Gewiß gebüte die Vorsicht, hier eine Aenderung eintreten zu lassen. Der Chef der Admiralität, dies zugeben, erwiederte, wie die „Magd. Btg.“ hört, er hätte bereits Befehl gegeben, daß die Secabedden eine der englischen ähnliche Waffe erhalten sollten. Die englische ist ungefährlich, fügt die „M. B.“ hinzu, allermindestens aber so beschaffen, daß sie Exesse, wie den in Kiel vorstehen, zu Ende führen werde. Das ganze Institut der Feldgeistlichkeit ist durch die Suspension des Feldpropsts für den Augenblick völlig aufgehoben.

Die preußischen Mitglieder einer von der in Leipzig abgehaltenen 28. Philologen-Versammlung gewählten Commission haben eine Petition an den preußischen Cultusminister gerichtet, welche bezweckt, daß durch die Gesetzgebung des Staates oder durch andere geeignete Mittel eine Gleichstellung der Directoren, Rectoren und Lehrer der nichtöliglichen höheren Lehranstalten mit denjenigen der Königlichen in allen ihre äußere Stellung betreffenden Beziehungen, insbesondere in Bezug auf ihr Dienstekommen, ihre Pensions- und Ressortverhältnisse möglichst bald herbeigeführt werde.

Über die Vernehmung des Pastor Dr. Sydow berichtet die „Allg. Kirchliche Zeitschrift“: „Derselbe Mann, den das Vertrauen Friedrich Wilhelms IV. in die Generalhypothek von 1846 berief, der dort im Verein mit Ritsch das Referat über das Ordinariats-Gelübde durch das Vertrauen der Synode übertragen erhielt, mußte von einem Hegel die Beschuldigung hören, daß er sein Ordinariats-Gelübde gebrochen habe. Wir hören, daß der Angeklagte zum Ankläger wurde, daß er das Kirchenregiment einer dreißigjährigen Missregierung beschuldigte und mit Klarheit die protestantischen Prinzipien dem Confessor ins Gewissen rief. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um folgende vier Fragen: 1) Erkennen Sie eine Einwirkung des heiligen Geistes bloss auf die menschlich persönliche, insbesondere auf die stiftliche Entwicklung Jesu oder auch eine solche auf seine menschliche Entstehung an? 2) In welchem Sinne beleben Sie Christum als den Sohn des lebendigen Gottes? 3) In wie weit gestehen Sie die normative Autorität der heiligen Schrift des neuen Testaments zu? (Das alte Testament scheint man also preiszugeben.) 4) Wie verhalten Sie sich solchen von Ihnen bestrittenen Punkten des Glaubensbekenntnisses gegenüber in Predigt und Confirmationunterricht?“ Das Protokoll, das wohl bald veröffentlicht werden wird, wird zeigen, daß Dr. Sydow mit voller Klarheit und Freimuth Rede und Antwort gestanden, daß selbst ein Hegel nicht umhin konnte, zum Schlus die Rückhaltlosigkeit Sydows anzuerkennen. General-Superintendent Ulrich berührte, wie wir vernehmen, nach heftigen

#### Oesterreich.

Die westliche Hälfte Böhmens ist am letzten Sonnabend und Sonntag von schweren Elementareignissen heimgesucht worden. Gewaltige Wolkenbrüche sind in den Thälern der oberen Beroun und Eger niedergegangen und haben nicht nur im Umkreise ihrer unmittelbaren Entladung, sondern den ganzen Lauf der Beroun, Moldau, Eger und Elbe entlang einen Schaden angerichtet, der mindestens auf mehrere Millionen veranschlagt werden muß. Andere Striche des sonst so gesegneten Böhmen sind durch Hagelschlag in nicht minder grausamer Weise verwüstet worden und so sehr dem Feuer viele Tausende von Unglückslichen, denen noch vor wenigen Tagen die schönsten Erthoffnungen gelacht, ihren Wohlstand auf unabhebbare Zeit hinaus vernichtet.

Die Preise ohne Unterschied der nationalen oder politischen Farbe erhebt ihre Stimme einmütig zu Gunsten der Befreiungskräfte, in allen Bezirken ist die Bildung eines Comités zur Unterstützung der Befreiungskräfte im Buge und auf Anregung der böhmischen Mitglieder des Reichsrates wird ohne Zweifel auch der Staat mit kräftiger Hand einschreiten.

#### England.

London, 30. Mai. In Leamington fand gestern eine Versammlung ländlicher Arbeiter statt, welcher Dixon präsidierte und in welcher 18 Grafen vertreten waren. Dieselbe beschloß die Bildung einer nationalen Union der Handarbeiter und feierte die Constitution derselben am Abend durch ein glänzendes öffentliches Meeting. — Ein gleichfalls gestern unter dem Vorsteher des Earl of Limerick stattgefundenes Meeting beschloß eine Resolution, nach welcher die Biedervereinigung aller christlichen

Confessionen unter dem Wahlspruch: „Freiheit und Glaube!“ angestrebt werden soll. (W. T.)

Die Untersuchung des nach Southampton gebrachten Dampfers „Baltimore“ hat gezeigt, daß seine Beschädigung nicht so bedeutend ist, als Auffang gefürchtet worden war. Sie ist arg genug. Von dem Vorhe, das der „Baltimore“ in den Leib bekam, würde Shakespeare immer sagen können, daß es kleiner als eine Kirchenthür sei.

Aus Irland kommt nach längerer Pause wieder einmal eine Kunde von einem Verbrechen, welches alle Anzeichen des agrarischen Charakters trägt und um so schrecklicher ist, als es an einer allein stehenden Frauensperson verübt wurde. Mrs. O'Neill, die Besitzerin bedeutenden Landeigentums in der Grafschaft Londonderry, welche mehreren ihrer Töchter gerichtlich hatte klügeln lassen, wurde in ihrer Stadtwohnung in Dublin durch einen Schuß getötet. Man sagt, sie habe die Haustür auf ein Klingeln geöffnet, als drei Kerle auf sie eintraten. Einer feuerte einen Schuß auf sie ab, der in der Magengegend traf und fast auf der Stelle den Tod zur Folge hatte. Die Mörder sind noch nicht entdeckt. — Seit Anfang d. M. wird ein Deutscher, Weippert, genannt Tiez, welcher als Reisender in einer hiesigen Verlagsbuchhandlung (Juri in Paternoster Row) beschäftigt war, vermisst. Seine Gattin, die, wie sich herausstellt, drei kleine Kinder hat, von denen das jüngste erst zwei Tage alt war, als der Bater zuletzt gesehen wurde, wandte sich an eines der hauptstädtischen Polizeigerichte um Rath. Auf die Frage des Richters erwiederte sie, ihr Mann habe keiner geheimen politischen Gesellschaft angehört und sie wisse auch sonst keinen Grund für sein Verschwinden anzugeben. Der Richter gab der Aermst eine kleine Summe und eine Empfehlung an einen wohlthätigen Verein.

Frankreich.

Paris, 28. Mai. Die Debatte des Recrutirungsgesetzes hat unter günstigen Auspicien begonnen. Der Beifall, den General Trochu, trotz seiner geringen persönlichen Beliebtheit, wiederholt in seiner Rede von den verschiedensten Seiten des Hauses erhielt, scheint ein Beweis dafür, daß die Parteien nicht gespalten sind, in dieser Discussion ein Schlachtfeld zu suchen. Der erste Redner, nachdem Chanzy als Berichterstatter auf die von Thiers bestellte Pflicht einer disreten Behandlung dieser Fragen hingewiesen, war Hr. Jean Brunet, bekannt als der Autor des phantastischen Antrages ein neues Central-Gotteshaus in Paris zu erbauen. Er setzte den feudalen Armeen die governementalen entgegen, wie sie seit Ludwig XI. gebildet worden und in denen er das Unlück Frankreichs erblickte. Von diesem Standpunkte aus griff er das Institut der Freiwilligen, als ein antidemokratisches, das der Stellvertretungen, welches die Armeen zum Söldnerheere mache, endlich die Territorialrecruirung an, nach welcher die jungen Rekruten von einem Ende Frankreichs zum anderen geworfen werden können. Schließlich verlangte er, auf seine Vieblingsgebäuden zurückzukehren, die religiösen Geiste in der Armee. Auf ihn folgte Trochu, mit gespanntem Schweigen erklärt seine Rede für ein politisch

Testament — und bockhaft Spottigel zeigen auf den in den Hörräumen anwesenden Notar Duloux, bei welchem Trochu zur Zeit der Belagerung sein militärisches Testament, den vielbeladenen Befreiungsplan, niedergelegt hatte. Er habe, sagt der Redner, das Mandat nur übernommen, um in der vorliegenden Frage sein Urteil abgeben zu können und werde sich nachher in's Privatleben zurückziehen. Man muß den Mut fassen, umganehme Wahrheiten zu hören, man muß dem gegenseitigen Bewunderungssystem entsagen, welches für Frankreich so vererblich gewesen ist. Ein Prinzip, das vorweg aufzustellen ist, daß die Armeen zum Söldnerheere mache, endlich die Territorialrecruirung an, nach welcher die jungen Rekruten von einem Ende Frankreichs zum anderen geworfen werden können. Schließlich verlangte er, auf seine Vieblingsgebäuden zurückzukehren, die religiösen Geiste in der Armee.

Auf ihn folgte Trochu, mit gespanntem Schweigen erklärt seine Rede für ein politisch

Testament — und bockhaft Spottigel zeigen auf den in den Hörräumen anwesenden Notar Duloux, bei welchem Trochu zur Zeit der Belagerung sein militärisches Testament, den vielbeladenen Befreiungsplan, niedergelegt hatte. Er habe, sagt der Redner, das Mandat nur übernommen, um in der vorliegenden Frage sein Urteil abgeben zu können und werde sich nachher in's Privatleben zurückziehen. Man muß den Mut fassen, umganehme Wahrheiten zu hören, man muß dem gegenseitigen Bewunderungssystem entsagen, welches für Frankreich so vererblich gewesen ist. Ein Prinzip, das vorweg aufzustellen ist, daß die Armeen zum Söldnerheere mache, endlich die Territorialrecruirung an, nach welcher die jungen Rekruten von einem Ende Frankreichs zum anderen geworfen werden können. Schließlich verlangte er, auf seine Vieblingsgebäuden zurückzukehren, die religiösen Geiste in der Armee.

Paris, 28. Mai. Die Debatte des Recrutirungsgesetzes hat unter günstigen Auspicien begonnen. Der Beifall, den General Trochu, trotz seiner geringen persönlichen Beliebtheit, wiederholt in seiner Rede von den verschiedensten Seiten des Hauses erhielt, scheint ein Beweis dafür, daß die Parteien nicht gespalten sind, in dieser Discussion ein Schlachtfeld zu suchen. Der erste Redner, nachdem Chanzy als Berichterstatter auf die von Thiers bestellte Pflicht einer disreten Behandlung dieser Fragen hingewiesen, war Hr. Jean Brunet, bekannt als der Autor des phantastischen Antrages ein neues Central-Gotteshaus in Paris zu erbauen. Er setzte den feudalen Armeen die governementalen entgegen, wie sie seit Ludwig XI. gebildet worden und in denen er das Unlück Frankreichs erblickte. Von diesem Standpunkte aus griff er das Institut der Freiwilligen, als ein antidemokratisches, das der Stellvertretungen, welches die Armeen zum Söldnerheere mache, endlich die Territorialrecruirung an, nach welcher die jungen Rekruten von einem Ende Frankreichs zum anderen geworfen werden können. Schließlich verlangte er, auf seine Vieblingsgebäuden zurückzukehren, die religiösen Geiste in der Armee.

Paris, 28. Mai. Die Debatte des Recrutirungsgesetzes hat unter günstigen Auspicien begonnen. Der Beifall, den General Trochu, trotz seiner geringen persönlichen Beliebtheit, wiederholt in seiner Rede von den verschiedensten Seiten des Hauses erhielt, scheint ein Beweis dafür, daß die Parteien nicht gespalten sind, in dieser Discussion ein Schlachtfeld zu suchen. Der erste Redner, nachdem Chanzy als Berichterstatter auf die von Thiers bestellte Pflicht einer disreten Behandlung dieser Fragen hingewiesen, war Hr. Jean Brunet, bekannt als der Autor des phantastischen Antrages ein neues Central-Gotteshaus in Paris zu erbauen. Er setzte den feudalen Armeen die governementalen entgegen, wie sie seit Ludwig XI. gebildet worden und in denen er das Unlück Frankreichs erblickte. Von diesem Standpunkte aus griff er das Institut der Freiwilligen, als ein antidemokratisches, das der Stellvertretungen, welches die Armeen zum Söldnerheere mache, endlich die Territorialrecruirung an, nach welcher die jungen Rekruten von einem Ende Frankreichs zum anderen geworfen werden können. Schließlich verlangte er, auf seine Vieblingsgebäuden zurückzukehren, die religiösen Geiste in der Armee.

Paris, 28. Mai. Die Debatte des Recrutirungsgesetzes hat unter günstigen Auspicien begonnen. Der Beifall, den General Trochu, trotz seiner geringen persönlichen Beliebtheit, wiederholt in seiner Rede von den verschiedensten Seiten des Hauses erhielt, scheint ein Beweis dafür, daß die Parteien nicht gespalten sind, in dieser Discussion ein Schlachtfeld zu suchen. Der erste Redner, nachdem Chanzy als Berichterstatter auf die von Thiers bestellte Pflicht einer disreten Behandlung dieser Fragen hingewiesen, war Hr. Jean Brunet, bekannt als der Autor des phantastischen Antrages ein neues Central-Gotteshaus in Paris zu erbauen. Er setzte den feudalen Armeen die governementalen entgegen, wie sie seit Ludwig XI. gebildet worden und in denen er das Unlück Frankreichs erblickte. Von diesem Standpunkte aus griff er das Institut der Freiwilligen, als ein antidemokratisches, das der Stellvertretungen, welches die Armeen zum Söldnerheere mache, endlich die Territorialrecruirung an, nach welcher die jungen Rekruten von einem Ende Frankreichs zum anderen geworfen werden können. Schließlich verlangte er, auf seine Vieblingsgebäuden zurückzukehren, die religiösen Geiste in der Armee.

Paris, 28. Mai. Die Debatte des Recrutirungsgesetzes hat unter günstigen Auspicien begonnen. Der Beifall, den General Trochu, trotz seiner geringen persönlichen Beliebtheit, wiederholt in seiner Rede von den verschiedensten Seiten des Hauses erhielt, scheint ein Beweis dafür, daß die Parteien nicht gespalten sind, in dieser Discussion ein Schlachtfeld zu suchen. Der erste Redner, nachdem Chanzy als Berichterstatter auf die von Thiers bestellte Pflicht einer disreten Behandlung dieser Fragen hingewiesen, war Hr. Jean Brunet, bekannt als der Autor des phantastischen Antrages ein neues Central-Gottes

\* Der Congress der deutschen Volkswirthe, welcher bekanntlich in diesem Jahre in Danzig abgehalten wird, findet voraussichtlich am 2., 3., 4. und 5. September statt.

\*\* Frau Lang-Rathen gastiert gegenwärtig mit ausgezeichnetem Erfolge in Polen.

\* Der stenographische Verein beginnt am 25. d. M. sein 15. Stiftungsjahr. Aus dem bei dieser Gelegenheit erstatteten Jahresbericht ist Folgendes zu erwähnen. Der Verein zählt gegenwärtig 3 Ehren-, 30 ordentliche und 23 correspondirende Mitglieder. Im abgelaufenen Vereinsjahr sind 9 ordentliche Mitglieder davon 8 wegen Verzerrungen von Danzig - ausgeschieden, dagegen 6 ordentliche Mitglieder eingetreten. In Verfolgung seiner beiden Hauptzwecke hat der Verein erstmals durch öffentliche und Privatunterrichtskurse für die Verbreitung der Stenographie gesorgt, zweitens seinen Mitgliedern durch wöchentliche Übungsstunden während des Winterhalbjahrs Gelegenheit zur Erlangung einer größeren Fertigkeit geboten. Hauptversammlungen haben 9 stattgefunden. Der Schriftwechsel in Angelegenheiten des Vereins und des Baltischen Stenographenbundes, dessen Vorort erster ist, umfaßte 133 eingegangene und 147 abgesandte Briefe. Die Bibliothek hat sich von 618 auf 639 Nummern vermehrt; fortlaufend sind für dieselbe 10 verschiedene Beitschriften des Stolzenheim Systems gehalten worden. - Der Erstattung des Jahresberichts folgte die Festtafel mit manigfachen Trinksprüchen.

\* [Feuer.] Gestern Vormittag gegen 11 Uhr entstand im Keller des Hauses Böttcherstraße No. 15 und 16 Feuer. Die daselbst aufbewahrten Hobelspäne des im Hause wohnenden Tischlers waren in Brand geraten, der Flur und die Treppen waren bereits mit erstickendem Qualm gefüllt, als die Feuerwehr erschien, in den Keller eintrat und mittelst Wasserstrahl aus dem Hydranten das Feuer löschte. - Nach 12 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Langgarten No. 83 requirirt. In dem Parterre gelegenen Schankgeschäft hatte eine Gasexplosion stattgefunden. Ausströmendes Gas aus der defekten Röhrenleitung hatte diese hervorgerufen. Die Röhren wurden mit Korten und Lehm verdichtet und somit die Gefahr beseitigt.

Elbing, 31. Mai. Der hiesige neu-katholische Volksverein hat sich mit einer Petition an den Minister gewandt, den Religionsunterricht in den hiesigen katholischen Schulen wieder durch Geistliche erteilen zu lassen oder den Eltern zu gestatten, ihren Kindern außerhalb der Schule den Unterricht in der Religion geben zu lassen. - Frau v. Pöllnitz-Hillmann (welche in der Saison 1869/70 in Elbing bei der Kulladschen Oper tätig war) ist zum nächsten Winter nach Danzig engagirt.

Marienwerder, 30. Mai. Wie die "Br. Btg." mittheilt, hat der Generalltag der westpreußischen Landschaft gestern für die Jubelfeier in Marienburg die Summe von 10,000 R. und für die Gewerbeschule in Bromberg 2000 R. aus seinen Fonds bewilligt.

Culm, 29. Mai. Am 15. d. stand ein Termin an betreffs Schaltung eines Deiches von hier längs dem rechten Weichselufer, über die kleine Weichsel, die Ostromerlämpe bis zur Ortschaft Grenz. Der Bau soll sofort in Angriff genommen werden, da bis zum Spät-herbst die Strecke Culm-Ostromerlämpe, deren Länge ungefähr 1 Meile beträgt, fertig werden soll. Die Kosten belaufen sich auf 92,000 R., welche dem Deichverbande des Deichfonds zur Verfügung gestellt wird und hypothetisch sicher gestellt, in einem Zeitraume von 30 Jahren amortisiert werden soll. Da jedoch viele Gebäude der Grundbesitzer der Ostromerlämpe nicht eingedacht werden, so ist der Deichverband verpflichtet, denselben neue, gleich große Baupläne im Innendreiecke und außerdem die Kosten des Umbaus zu gemäßigen. Ebenso sollen den Grundbesitzern der Ostromerlämpe, deren Obstbäume im Augenblick verbleiben, vom Deichverbande für jeden zum Vertragen nicht mehr geeigneten Obstbaum 10 resp. 5 R. Entschädigung gezahlt werden. - Der Herr Handelsminister soll sich bereit erklärt haben, die Vorarbeiten zur Eisenbahnlinie auf dem rechten Weichselufer von Graudenz über Culm nach Thorn durch die R. Direction der Ostbahn fertigen zu lassen, sobald die erforderlichen Kosten aufgebracht werden. Der hiesige Landrat hat daher einen Kreistag auf den 12. Juni c. anberaumt, um über die Bewilligung der Kosten zu berathen. Der Thorner Kreis hat die auf denselben fallenden Kosten übernommen. (Brd. B.)

Königsberg, 29. Mai. Der Pferdemarkt ist heute beendet. Die Verkäufer und auch die Käufer werden sich gewiss zurückziehen können. Wie bis jetzt einigermaßen zu übersehen, sind von den in den geschlossenen Stallungen untergebrachten Pferden 178 zum Preise von 250 bis 800 R. das Stück verhandelt, wovon nur der bedeutend kleinere Theil hier in der Provinz verbleibt, die meisten mit der Bahn nach Berlin, Wien und weiter abgeschiickt wurden. Sehr gut war auch das Geschäft auf dem zweiten Markt für weniger wertvolle, sogenannte Gebrauchs- und Aderpferde. Es ist dasselb. ziemlich Alles verlaufen. Über den Charakter des diesjährigen Markts müssen wir nach unserer Wahrnehmung constatiren, daß die Zahl der wirklichen Pferdezüchter der Provinz, die ihre selbst erzeugten Thiere zum Verkauf bringen, mit jedem Jahr kleiner wird. Schon lange vorher werden die Pferde aus ihren heimathlichen Stallungen von Händlern herausgeholt und von diesen zu Markt gebracht. Die Herren aus Gumbinnen, Tilsit, Bartenstein, Danzig und hier aus Königsberg stellenen unstreitig das größte Contingent und waren die Preise demnach auch überwiegend hoch. (B. B.)

- Das R. Antragsblatt in Königsberg macht beklagt, daß die Anwendung der Polizei-Berordnungen zum Schutz nützlicher Vögel nunmehr sich auch auf den Sprossen, den Birol und den Sperling erstreckt.

Lyd, 30. Mai. In den beiden ersten Tagen dieser Woche wurden von hier 1700 Schweine zur Fahrt nach der französischen Grenze befördert. Sie kamen zuerst aus Polen.

### Bermischtes.

Hans Markart's Somernachtstraum ist so eben in Sach's permanenter Kunstaustellung in Berlin angelangt und wird dort ausgestellt.

Frankfurt, 27. Mai. Ein Fall von Menschen-

